

## «Abwegige Annahmen»

### Ökonom Reiner Eichenberger zu den Kosten der Personenfreizügigkeit und den Fehlern der Schutzklausel.

**Herr Eichenberger, im Bundesauftrag erstellte Studien deuten auf hohe Kosten hin, sollten die Bilateralen I wegfallen. Wäre das der Preis für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative?**

Nein, die Zahlen sind absurd, weil sie auf absurden Annahmen beruhen. Technisch sind die Studien nicht schlecht gemacht, aber die abwegigen Annahmen führen zu unbrauchbaren Ergebnissen.

**Ist die Einschätzung falsch, dass es teuer wäre, die Bilateralen zu verlieren?**

Es sagt ja niemand, diese Verträge hätten für die Schweiz keinen Nutzen. Aber es geht bei sechs von sieben Abkommen um kleine Beträge. Wichtig ist der Vertrag über die Personenfreizügigkeit, und da bin ich der Meinung, dieser bringe für die Schweiz riesige volkswirtschaftliche Kosten. Deshalb muss man die Zuwanderung einschränken.

**Auch wenn man dadurch die anderen sechs Verträge verliert?**

Auch dann lohnt es sich. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass diese sechs Abkommen gekündigt werden, halte ich für gering. Und wenn sie gekündigt werden, gibt es meiner Ansicht nach sehr gute Alternativen.

**Warum erwarten Sie keine Kündigung?**

Die EU hat von allen einzelnen Verträgen Nutzen, von einigen sogar grossen.

**Sie haben kürzlich die Schutzklausel kritisiert, weshalb?**

Die Schutzklausel stellt im Prinzip nichts anderes dar als aufgeschobene Kontingente, und dies in einer wenig intelligenten Form. Die Klausel besagt ja, dass man im einen Jahr beobachtet, wie die Zahlen sich entwickeln, im nächsten Jahr werden dann, je nachdem, Beschränkungen erlassen. Damit hat man sofort die ganze Debatte über Kontingente wieder auf dem Tisch.

**Viele stellen sich eine Schutzklausel vor, deren Schwellenwert so hoch ist, dass sie in der Mehrheit der Jahre nicht greift.**

Die Anreize sind falsch. Die Erwartung, dass die Schutzklausel aktiv werden könnte, veranlasst die Firmen, sich möglichst vorher mit Arbeitskräften einzudecken. Dieses Rennen führt dann gerade zum Aktivieren der Klausel. Das bringt eine unsinnige Hektik in die Zuwanderung.

**Gibt es bessere Varianten der Steuerung?**

Man muss die Eigentumsrechte der einheimischen Bevölkerung ernst nehmen. Die Schweiz hat ein sehr grosses Vermögen angespart. Viele andere Länder haben grosse Teile ihrer früheren Einkommen verbraucht und haben deshalb weniger Vermögen, weniger Infrastruktur. Da die Schweizer beim Konsum zurückhaltender waren und viel investierten, darf man durchaus verlangen, dass alle Personen, die neu ins Land kommen, etwas an diese Ausstattung bezahlen, zumindest während einiger Jahre.

**Eine Art Eintrittspreis?**

Wer in diese Gemeinschaft zuwandern will, soll dafür bezahlen. Dann kommen weniger Leute und vor allem diejenigen, die den Eintrittspreis zu zahlen bereit sind. Das sind Menschen, die etwas leisten wollen. Und die Schweizer erhalten so auch eine Entschädigung für Probleme, die mit der Zuwanderung entstehen.

**Also eine Miete zum Abgelten der Nebenkosten?**

Genau, eine Abgeltung für die Nachteile, die das schnelle Bevölkerungswachstum mit sich bringt. In der Umweltpolitik sind die Kosten riesig. Internationale Verträge beziehen sich oft auf nationale Gesamtzahlen, etwa summierte Emissionswerte pro Land. Eine wachsende Bevölkerung treibt die Kosten für die Schweiz massiv in die Höhe.

**Kann man mit Geld die Zuwanderung zielgerecht steuern?**

Viel zielgerechter als mit Kontingenten. Ein Preis hat immer eine Wirkung, und es ist eine positive Selektion zu erwarten. Pro Tag Anwesenheit einer Person wird ein bestimmter Betrag verrechnet. Das ist problemlos möglich über die Quellensteuer oder dann über die Einkommenssteuer. Bei alledem bleibt die Wandlungsfreiheit der Bürger erhalten.



**Reiner Eichenberger**  
ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.

Interview: Beat Gygi